

caritas in NRW AKTUELL

INFODIENST DER DIÖZESAN-CARITASVERBÄNDE AACHEN, ESSEN, KÖLN, MÜNSTER UND PADERBORN

**Deutlicher Protest gegen Kürzungen
der sozialen Infrastruktur**



NRW BLEIB SOZIAL!

22 000 Menschen demonstrieren gegen Sozial-Kürzungen


Unter dem Motto „NRW bleib sozial!“ haben mehr als 22 000 Menschen vor dem Düsseldorfer Landtag gegen Kürzungen bei sozialen Angeboten demonstriert. Die Wohlfahrtsverbände befürchten Schließungen von Kitas, Abbau von Gruppen und Einrichtungen des Offenen Ganztags, Reduzierung von sozialen Beratungsangeboten.

Gekommen waren Erzieher*innen, Alltagshelfer*innen oder Kita-Leitungen, Pflegekräfte, Schulsozialarbeiter*innen und aber auch Eltern. Durch die im Landes-

und Bundeshaushalt 2024 geplanten Kürzungen ist die gesamte soziale Infrastruktur bedroht – so die Sorge der Freien Wohlfahrt.

Das Durchhaltevermögen der Mitarbeitenden, Ehrenamtlichen und Träger von Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege NRW ist zunehmend erschöpft. „Wir haben Besseres zu tun, als zu demonstrieren – aber was sollen wir tun? Unzählige Briefe, Gespräche vor und hinter den Kulissen, doch all unsere Hilferufe verhallen. Es ist Zeit, der Politik klarzumachen: Das schleichende Sterben der sozialen Infrastruktur in NRW hat bereits begonnen. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, gibt es bald nichts mehr zu retten!“, forderte Christian Woltering, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW, bei der Kundgebung in Düsseldorf.

„Angebote von Kita über OGS bis hin zu Betreuungsvereinen, Beratungsstellen oder Pflege müssen reduziert oder geschlossen werden, Insolvenzen drohen, und die Mitarbeitenden gehen auf dem Zahnfleisch. Es geht hier nicht um ‚Sozialklimbim‘. Es geht um Daseinsvorsorge! Und ihr als Politiker*innen seid verantwortlich dafür, dass wir dieses Netz an Daseinsvorsorge erhalten. Damit NRW seinen Ruf als das soziale Gewissen der Bundesrepublik nicht verliert!“, so Woltering. Parallel zur Haushaltsanhörung im Finanzausschuss hatten sich 22 000 Menschen aus ganz NRW auf der Landtagswiese versammelt. Auf der Kundgebungsbühne kamen Vertreter*innen aus der Praxis von OGS, Kita und Pflege ins Gespräch mit Politiker*innen von CDU, Grünen, SPD und FDP und machten mehr als deutlich: NRW muss sozial bleiben! Und das geht nicht zum Nulltarif.




Die Freie Wohlfahrtspflege NRW fordert politische Anerkennung und Unterstützung sozialer Einrichtungen, die über Lippenbekenntnisse hinausgehen. „Wer glaubt, man käme auch mit weniger aus, der kann mal die Bürger*innen in NRW fragen, was es bedeutet, wenn man keinen Kita-Platz findet, keinen Pflegeplatz für Eltern oder keine Ganztagsbetreuung für die Schulkinder. Was es bedeutet, wenn man als chronisch kranker Mensch oder Mensch mit Behinderung keinen Arbeits- oder Therapieplatz findet. Wenn man monatelang in einer Sammelunterkunft leben muss, keine Wohnung findet oder ein halbes Jahr auf eine Schuldnerberatung warten muss. Wir erwarten ein Bekenntnis zu Trägervielfalt, zu Wunsch- und Wahlrecht und zur Wertschätzung des haupt- und ehrenamtlichen Engagements in unseren Einrichtungen. Wir erwarten endlich spürbare Verbesserungen! Wenn euch die soziale Infrastruktur in NRW wichtig ist, dann lasst es euch etwas wert sein“, so die Forderung der Freien Wohlfahrtspflege an die Politik. Auch in Bielefeld, Siegburg und Halle gingen soziale Organisationen auf die Straße, weitere Aktionen sollten danach folgen. 



**AUSGABE
NOVEMBER 2023**

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

 caritas-nrw.de/nachrichten
 facebook.de/caritas_in_NRW
 redaktion@caritas-nrw.de

„Werden Sie Teil der Lösung!“

„Wir sind hier, weil es sein muss“, „Was wäre denn das Land ohne uns“ – zwei Äußerungen von Teilnehmern bei der großen Kundgebung der Wohlfahrtsverbände. „Ich bin eure Zukunft“ steht auf dem Schild, das ein kleiner Junge mit beiden Händen in die Höhe reckt, der gemeinsam mit seiner Mutter zur Kundgebung auf die Wiese vor dem NRW-Landtag in Düsseldorf gekommen ist.

Symbolisch um fünf Minuten vor zwölf ist dort die zentrale Auftakt-Kundgebung der Kampagne „NRW bleib sozial!“ mit einem lauten Pfeifkonzert und Jubel gestartet. „Ich finde es großartig, dass Sie da sind, das ist ein wichtiges Zeichen für eine lebendige Demokratie“, sagte Verena Schäffer, Fraktionschefin der Grünen im NRW-Landtag. Sie wies aber auch auf die angespannte Haushaltslage hin. Das Tischtuch sei zu klein; wenn man an der einen Ecke ziehe, reiche es an der anderen Ecke nicht mehr. Eine starke soziale Infrastruktur sei auch eine Frage der Umverteilung, sagte Schäffer. „Mir sind die Kitas, OGS und sozialen Einrichtungen im Zweifel wichtiger als die schwarze Null im Haushalt“, sagte sie allerdings auch mit Blick auf die Koalitionspartner in Bund und Land.

„In den Kitas, Ganztagschulen und weiteren sozialen Einrichtungen donnert es, aber Schwarz-Grün hört den Knall nicht“, warf SPD-Oppositionsführer Jochen Ott hingegen der Landesregierung vor. Es brauche nun eine gemeinsame Kraftanstrengung, um die Probleme im Sozialsystem zu lösen. Ott forderte die Erhöhung der Erbschaftssteuer, um die Finanzierungslücke in der Erziehung und Pflege zu schlie-



Kölns Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank J. Hensel übernahm auf der Bühne den Gegenpart zu den Politiker*innen.

Foto: Christoph Grätz

ßen. Er unterstütze die Forderung der Freien Wohlfahrtspflege, dass Bund, Land und Kommunen zusammen eine Lösung finden müssten.

Der familienpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Marcel Hafke, bezeichnete die Großdemonstration als Weckruf für das Kinder- und Jugendministerium sowie das Finanzministerium und forderte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) auf, „die auskömmliche Finanzierung und den Erhalt der sozialen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen zur Chefsache zu machen“.




Vor dem Landtag eine der größten Demonstrationen seit Jahrzehnten

Foto: Lahrmann

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Thorsten Schick, nannte die Kundgebung „ein kraftvolles Signal“. Er betonte, dass die Politik jedoch – etwa im Bereich der Pflege – „durchaus an Stellschrauben gedreht“ habe. So seien etwa mit 350 Millionen Euro an Pflegeschulen mehr Plätze geschaffen und die Schulkosten abgeschafft worden. „Gerade die Pflege zeigt, dass Politik nicht nur redet, sondern handelt“, sagte Schick.


Auf der Bühne konterte Frank Johannes Hensel, Sprecher der NRW-Caritas, die Aussagen der Politiker*innen. „Wenn NRW sozial bleiben soll, dann brauchen wir Rückenfreiheit. Wir brauchen Stärke dafür, und wir brauchen eine Politik, auf die wir uns verlassen können“, sagte Hensel. „Auf uns verlassen sich sehr viele Menschen und vertrauen uns. Und darum brauchen wir Rückhalt in der Politik. Nicht das Verschieben von Geldtöpfen zwischen Land, Kommune und Bund, sondern ein ganz klares ‚Ja‘ für die soziale Arbeit. Wir reden hier nicht über irgendwas, was nett dazukommt, wir reden über das Fundament dieser Gesellschaft.“

„Werden Sie Teil der Lösung der Probleme!“, forderte Hensel an die Adresse der Landespolitiker*innen. 

M. LAHRMANN

Einschränkungen und Schließungen

Laut einer deutschlandweiten Umfrage der Diakonie, der Arbeiterwohlfahrt und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes haben soziale Einrichtungen seit Anfang 2022 eine Kostensteigerung von 16 Prozent verzeichnet. 65 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sie kurzfristig weitere Einschnitte bei Angeboten und Leistungen vornehmen müssen.

Von den 567 befragten Organisationen und Einrichtungen allein in NRW gaben knapp 30 Prozent an, sie hätten aus finanziellen Gründen bereits Leistungen einschränken müssen. 20 Angebote – rund 3,7 Prozent – mussten demnach sogar ganz eingestellt werden. 

Aus der Mitte der Gesellschaft

Am Ende waren die Veranstalter - die Wohlfahrtsverbände in NRW - schlicht überwältigt. Gerechnet hatten sie mit vielleicht 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei der Kundgebung „NRW bleib sozial!“ vor dem Landtag. Denn viele Mitarbeitende müssen ja mitten in der Woche arbeiten. Zudem war die Kundgebung nur als Auftakt zu einer ganzen Reihe von Veranstaltungen im Land geplant. Parallel gab es ja auch noch Demonstrationen in Halle, Bielefeld und Siegburg zum gleichen Thema.

Dann kamen mehr als 20 000. Selbst die Polizei war überrascht, hatte Sorge, die Bannmeile vor dem Landtag zu sichern.

Doch alles war friedlich, bunt und keinesfalls aggressiv. Allerdings war auf der Wiese die Sorge zu spüren, wie weit die Einschnitte ins Soziale noch gehen würden. Die, die da demonstrierten, taten dies nicht nur für sich und ihre Arbeitsplätze. Es ging der überwältigenden Mehrheit - und das machte die Atmosphäre und machten die Reaktionen auch gegenüber den Sprecher*innen der Parteien auf der Bühne deutlich - es ging den Demonstrierenden auch um die Klientinnen und Klienten

der sozialen Einrichtungen. Um die Eltern, die keinen Platz in der Kita finden oder eine verlässliche OGS-Betreuung ihrer Kinder brauchen. Es ging um die Pflegekräfte, die oftmals unter hohem Druck stehen: „Applaus reicht nicht.“ Es ging um die vielen, die eine Sozialberatung, eine Schuldnerhilfe brauchen oder Unterstützung bei der Integration. Für alles Mögliche und vieles Unsinnige war in der Vergangenheit Geld da. Da kann man doch jetzt nicht ernsthaft beim Wichtigen kürzen. Nachdenklichkeit und das Bemühen zuzuhören waren auf dem Platz zu spüren. Dieser Protest entwuchs aus der Mitte der Gesellschaft und war nicht einseitig oder radikal. Oder, wie es der Caritas-Sprecher auf der Bühne den Politiker*innen entgegenhielt: „Die Gesellschaft steht hinter uns - und vor Ihnen!“ Das sollte bei der Politik zu einer neuen Nachdenklichkeit führen. Es braucht den Zusammenhalt aller demokratischen Parteien, damit das Fundament unserer Gesellschaft nicht erodiert. ◀

MARKUS LAHRMANN

.....
chefredakteur@caritas-nrw.de

KINDERGRUNDSICHERUNG

Das Geld muss bei den Kindern ankommen

„Jedes fünfte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet. Deutschland kann und sollte es sich nicht leisten, einem Fünftel der nachwachsenden Generation die Zukunftschancen zu verbauen.“ Das betonte Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz vor der Delegiertenversammlung der Caritas im Bistum Münster. Die gemeinsame Linie der Bundesregierung für die Kindergrundsicherung sei mehr als überfällig gewesen.

Die Hoffnung auf eine wirksame Bekämpfung der Kinderarmut sei mit den bereitgestellten 2,4 Milliarden Euro aber in weite Ferne gerückt. Denn ein erheblicher Anteil der Mittel werde in Verwaltung und Digitalisierung fließen. Für die Kinder blieben am Ende nur rund 1,88 Milliarden Euro - viel zu wenig für eine wirksame Armutsbekämpfung.

So begrüßten die rund 100 Caritas-Delegierten zwar die geplante Bündelung der familienpolitischen Leistungen und die vereinfachte Beantragung über den geplanten Familienservice. Sie forderten aber insbesondere von den Bundestagsabgeordneten aus dem Bistum Münster, sich erstens für eine wirklich armutsverhindernde Kinder-

grundsicherung einzusetzen und die tatsächliche Umsetzung des erleichterten Zugangs kritisch zu beobachten. Denn der Referentenentwurf geht von einer stetigen Steigerung der Inanspruchnahme von 47 Prozent im Startjahr 2025 bis 80 Prozent im Jahr 2028 aus. Das ist laut Hopfenzitz nicht nur wenig ambitioniert, „die Bundesregierung plant hier sogar ein, dass Kinder weiterhin armutsgefährdet bleiben“. Zweitens seien flächendeckende Beratungsstellen wichtig, die bei der Antragstellung unterstützen und (Mehr-)Bedarfe ermittelten, sowie die Möglichkeit einer digitalen Antragstellung. Und drittens müsse mit der Kindergrundsicherung ein wirklich auskömmlich berechnetes soziokulturelles

Existenzminimum für Kinder gesichert werden, das die besonderen Bedarfe berücksichtige. Denn Kinder in Armut seien oft von sozialer Teilhabe ausgeschlossen, wenn sie sich beispielsweise den gelegentlichen Kinobesuch mit Freunden, das gemeinsame Eisessen oder das Geschenk für den Kindergeburtstag nicht leisten könnten. ◀

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH,


Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,




Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

anzeigen@bonifatius.de


ISSN 1611-3527




2. Katholischer Krankenhaustag

Veränderte Rahmenbedingungen und weitreichende Reformen stellen die Krankenhäuser vor große Herausforderungen. vielerorts steht die Existenz der Kliniken infrage. Darum und um die Zukunftsfähigkeit des katholischen Krankenhauswesens geht es auf dem 2. Katholischen Krankenhaustag, der Caritas in NRW. 


 **Dienstag, 21.11.2023, 11.45 Uhr**
 **Haus der Technik, Essen**
 **www.caritas-nrw.de/AKTUELLES**
 (Veranstaltungen und Events)




Gewalt gegen Frauen und Männer

Partnerschafts- und häusliche Gewalt gegen Frauen ist schon lange ein Thema innerhalb der caritativen Hilfeangebote. Da auch Männer Gewalt erfahren und Hilfe benötigen, bieten die katholischen Träger auch Unterstützung für Männer an. Berührungsängste und Konkurrenzen zwischen den Frauen- und Männerhilfeangeboten sind Thema bei einem Fachtag der Caritas in NRW. Auch sollen Schnittstellen in der Beratung beleuchtet und die Zusammenarbeit gestärkt werden. 

 **Dienstag, 5.12.2023, 10-16 Uhr**
 **Kommende, Dortmund**
 **www.caritas-nrw.de/AKTUELLES**
 (Veranstaltungen und Events)

Fachtag zu sozialen Betrieben

Soziale Betriebe stärken - Teilhabe nachhaltig gestalten", so der Titel eines Fachtags der Caritas in NRW. Angesichts drohender Kürzungen der arbeitsmarktpolitischen Hilfen im Bundeshaushalt soll er einen Impuls geben, die dauerhafte professionelle Unterstützung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen fortzusetzen. 

 **Dienstag, 21.11.2023, 9.30 Uhr**
 **Jugendherberge Düsseldorf**
 **www.caritas-nrw.de/AKTUELLES**

Stadtentwicklung ist Sozialpolitik


In einem gemeinsamen Appell haben der Deutsche Caritasverband (DCV), der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) und der SKM-Bundesverband Politik und Kirche am Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut (17. Oktober 2023) aufgefordert, sich stärker für eine ökologische und bürgerfreundliche Gestaltung öffentlicher Räume einzusetzen.

Die Forderungen stehen unter der Überschrift „Mittendrin - außen vor. Wem gehört die Stadt?“. „Öffentliche Räume wie Parks oder Plätze sind wichtige Aufenthalts-, Begegnungs- und Erholungsorte, gerade für arme oder von Armut bedrohte Menschen. Wer in einer kleinen oder dunklen oder im Sommer überhitzten Wohnung oder gar auf der Straße lebt, ist viel mehr als andere auf diese Orte angewiesen. Wie diese Räume gestaltet sind, ist entscheidend für die Lebensqualität der Menschen und ihre Teilhabechancen“, betont Renate Jachmann-Willmer vom SkF-Bundesvorstand.

„Menschen, die öffentliche Orte nutzen, sollten ein Mitspracherecht darüber haben, wie diese Orte aussehen und was dort geschieht. Städte und Gemeinden sind aus unserer Sicht in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger einbezogen und gehört werden“, fordert Stephan Buttgeriet, SKM-Generalsekretär.

„Immer wieder beobachten wir, dass öffentliche Räume vernachlässigt und un-

wirtlich werden. Städtische Flächen werden versiegelt und vermüllt. Es fehlen Schatten spendende Bäume und kostenloses Trinkwasser. Mit fortschreitendem Klimawandel gehört beides zur elementaren Daseinsvorsorge - nicht nur für Menschen, die auf der Straße leben. Klimaschutz, der allen nutzt, beginnt mit einer urbanen Planung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und genug Raum für Grünflächen lässt“, macht Caritas-Präsidentin Eva Maria Welskop-Deffaa deutlich und betont: „Gerade Bahnhöfe sind öffentliche Orte, denen unsere Fürsorge gilt. Als Knotenpunkte im Netz der Verkehrsinfrastruktur können sie den klimafreundlichen Umstieg auf die Bahn leicht machen und barrierearme Begegnungsorte für viele schaffen.“

Traditionell werden am Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut die Armutswochen der Caritas in Deutschland eröffnet, die bis zum 19. November dauern. In diesem Jahr fand die Auftaktveranstaltung in Essen statt. 

Caritas: Solidarität mit den jüdischen Gemeinden

Die Caritas hat angesichts von Terror und Gewalt gegen Israel ihre Verbundenheit mit den jüdischen Gemeinden betont und vor Antisemitismus gewarnt. Die Caritas in NRW sei mit den jüdischen Landesverbänden als Partner seit Jahrzehnten eng verbunden, sagte ihr Sprecher Dr. Frank Johannes Hensel.

Antisemitismus sei ein Angriff gegen die Menschlichkeit und bilde zu aller Zeit den Nährboden für schreckliche Gewalt und furchtbares Leid. „Wir verachten antisemitisches Handeln und sehen darin eine Bedrohung für uns alle“, sagte Hensel. Den einzelnen Mitmenschen nicht mehr zu sehen und Hass gegen Gruppen zu propagieren zerreiße eine Gesellschaft. „Jedes friedvolle Zusammenleben wird bedroht, und es endet praktisch immer mit Unterdrückung

und Gewalt. Als Caritas halten wir klar dagegen“, erklärte Hensel.

Zuletzt gab es in Deutschland einen Anstieg antisemitischer Vorfälle. „Jede Hassrede ist schon ein Verbrechen - und zieht weitere nach sich. Aus Worten der Bosheit erwächst das Böse. Es ist teuflisch“, unterstrich Hensel. Klar sei auch, so der Caritas-Sprecher, Antisemitismus sei nicht erst wieder durch Einwanderung zurückgekehrt. „Es ist leider Fakt, dass Antisemitismus vielerorts vorhanden ist und sogar für Verschwörungserzählungen während der Corona-Pandemie hergehalten hat.“


„Die Caritas tritt mit aller Entschlossenheit für jeden Mitmenschen und gegen jeden Antisemitismus ein“, betonte Hensel, der Diözesan-Caritasdirektor im Erzbistum Köln ist. 



Foto: Ingo Christ

Neue Caritasdirektorin

Der Caritasverband für das Bistum Essen hat eine neue Vorständin: Stefanie Siebelhoff übernimmt zum 1. Dezember die Leitung des Verbandes. Die 56-jährige Organisationsentwicklerin und Arbeitswissenschaftlerin war zwölf Jahre im Essener Franz Sales Haus als Referentin für Konzept- und Organisationsentwicklung tätig. Zuletzt leitete sie die Abteilung

„Arbeitsschutz und betriebliche Arbeitsgestaltung“ im Bochumer Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung NRW. Damit geht eine fast einjährige Übergangszeit an der Spitze des Verbandes zu Ende. Seit Dezember vergangenen Jahres hatte ein Interims-Vorstand den Verband geleitet.

Lichtblicke-Jubiläum

Mehr als 4,6 Millionen Euro spendeten die Hörerinnen und Hörer der NRW-Lokalradios an die Aktion Lichtblicke im Geschäftsjahr 2022/2023. Das ist ein Plus von rund 800.000 Euro im Vergleich zum „Vor-Krisen-Jahr“ in der Spenden-Saison 2018/2019. In den Jahren danach hatte die Aktion Lichtblicke wegen der Corona-Pandemie, der Flut-Katastrophe in NRW und dem Ukraine-Krieg Sonder-Spendenaktionen ins Leben gerufen, die

zu außerordentlich hohen Spendenergebnissen führten. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2022/2023 2.499 Anträge in Höhe von rund 4,8 Millionen Euro bewilligt und sind zur Auszahlung an die bedürftigen Familien gekommen. Damit konnten rund 13.623 Kinder und Jugendliche unterstützt werden.

„Gerade in Krisenzeiten, das haben die vergangenen Jahre eindrucksvoll gezeigt, werden gesellschaftliches Miteinander und Solidarität in NRW großgeschrieben. Im 25. Jubiläumsjahr der Aktion Lichtblicke sind wir zuversichtlich, dass wir diesen Erfolg in den nächsten Monaten weiter ausbauen können, damit die Aktion Lichtblicke weiterhin die Schwächsten in unserer Gesellschaft kraftvoll unterstützen kann“, so Vorstandsvorsitzender Dr. Frank Hensel.

www.lichtblicke.de



Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU), Michael Kreuzfelder (Caritasdirektor), Klaus-Jürgen Monz (Einrichtungsleitung Schloss Bellinghoven) und zwei Auszubildende

Foto: Caritas Oberhausen / Volker Wiciok

reichen noch nicht aus, um das Angebot dauerhaft auf sichere Füße zu stellen. Auch darum ging es in einem Gespräch mit Expertinnen und Experten aus Ministerium, Bundesagentur, Politik und Verwaltung.

Hoffnung auf ein neues Leben

Ausbildungsplätze als Tischler, Zweiradmechatroniker und Metallbauer bietet der Caritasverband Oberhausen bis zu 21 jungen Menschen an, die nirgendwo anders mehr gefördert werden können. Sie haben mit Drogensucht zu kämpfen, Therapieerfahrung, manchmal lange Aufenthalte in psychiatrischen Kliniken oder schwierige familiäre Biografien hinter sich. „Die enge Verzahnung von pädagogischer Begleitung und beruflicher Förderung macht Schloss Bellinghoven aus“, so Oberhausens Caritasdirektor Michael Kreuzfelder bei einem Besuch von Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU). Laumann hatte mit dafür gesorgt, dass die Ausbildung im Schloss vor zwei Jahren auf neue Füße gestellt werden

konnte. Auf Vermittlung des Landtagsabgeordneten Dr. Günter Bergmann (CDU) hatte sich der Minister der damaligen Schwierigkeiten rund um den rechtlichen Status und die Finanzierung der Ausbildung angenommen. Vormalig vom Landschaftsverband Rheinland getragen, wurde sie zum Ausbildungsstart 2021 in den Rahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) überführt.

„Die Arbeit, die hier von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet wird, ist vorbildlich. Junge Menschen mit sehr schwierigen Startbedingungen bekommen hier eine Chance auf echte berufliche Teilhabe“, lobte Minister Laumann. Caritasdirektor Kreuzfelder berichtete auch über Probleme: Zuweisungen und Finanzierung

Beim Ausbau der OGS auf die Kinder hören!

Beim Ausbau der Angebote in der Offenen Ganztagsschule (OGS) müssen die konkreten Bedürfnisse von Kindern stärker berücksichtigt werden, fordert die Caritas in NRW. Mit der Aktion „Jetzt reden wir – Kinderrechte im Ganztage“ werden Kinder in den OGS-Einrichtungen ermutigt, ihre Kinderrechte aktiv einzufordern.

Kinder haben ein Recht darauf, gehört zu werden“, sagte der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Stephan Jentgens bei der Auftaktveranstaltung zu der Aktion. Die Kinderrechte seien in der UN-Kinderrechtskonvention definiert und im deutschen Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert. Jentgens erinnerte an den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 und warnte, dass es bisher erst für 52 Prozent der Kinder einen Platz gebe. „Das reicht nicht“, kritisierte der Caritasdirektor. Benötigt werde eine Abdeckung von 70 Prozent in ländlichen Gebieten und bis zu 80 Prozent in den Städten. Nach Berechnungen des Instituts für soziale Arbeit (Münster) bräuchte es allein in NRW zusätzlich 110 000 Plätze in der OGS. „Das würde die Schaffung von mindestens 5800 neuen Stellen in den Einrichtungen bedeuten“, so Jentgens.

OGS braucht Standards

Die Caritas fordere zudem einheitliche Bildungsstandards auch für die OGS und eine gesicherte Finanzierung. „Viele Arbeitsfelder und Aktivitäten in der OGS stecken nach wie vor im Projekt-Status mit unsicheren Arbeitsplätzen, keiner angemessenen Vergütung und geringem Beschäftigungsumfang“, kritisierte Jentgens. Manche OGS-Angebote hätten nicht einmal eigene

Räumlichkeiten, andere hätten kein Außengelände, auch die digitale Ausstattung sei sehr unterschiedlich. Der Offene Ganztage leiste heute nicht nur Betreuung, sondern vielfach auch einen wichtigen Beitrag zu Erziehung und Bildung von Kindern. Beim Ausbau sei entscheidend, dass junge Menschen selber zur Sprache kämen, forderte Jentgens.


Kindheit hat sich verändert

Der Düsseldorfer Erziehungswissenschaftler Ulrich Deinet erläuterte bei der Caritas-Auftaktveranstaltung, wie sehr sich die Kindheit verändert hat. Früher seien Kinder zum Spielen auf die Straße gegangen, hätten voneinander gelernt und Erfahrungen gesammelt. Heutzutage hätten Kinder diese Möglichkeit nicht mehr. Sie seien entweder in der Kita oder den größten Teil ihres Tages in der Schule. Deinet sprach von „Verhäuslichung, Pädagogisierung, Einschränkung des Nahraums“. Ohne Anmeldung draußen zu spielen sei für Kinder zur Ausnahme geworden. Die Schule sei zum alltäglichen Lebensort der Kinder geworden, allerdings fehlten häufig die „sozialräumlichen“ Rahmenbedingungen, die auch beim Personal hergestellt werden müssten.

Deswegen müsse die Schule auch Ort der Partizipation, Beteiligung und Demokratiebildung sein, forderte der Kindheits- und Jugendforscher: „Kinder müssen lernen, in diesen Einrichtungen mitentscheiden zu können.“ Die Kinderrechte dienen bei der Aktion der Caritas als ein geeignetes Instrument der Partizipation, um Schule als Lebensort zu gestalten.

Viele OGS-Einrich-


tungen versuchen und leben dies bereits stellenweise. Durch die Vorstellung von Projektbeispielen wurde schon bei der Auftaktveranstaltung deutlich, wie es gelingen kann, Kinder im OGS-Alltag in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Bei der Aktion der Caritas sollen Partizipation und Demokratiebildung weiter ausprobiert und umgesetzt werden. In einer Methodenbox werden den OGS-Einrichtungen online Materialien zur Verfügung gestellt, die es Kindern ermöglichen, die Kinderrechte aktiv einzufordern. Die Ergebnisse, die ihre Vorstellungen und Wünsche für eine gute OGS verdeutlichen, sollen politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger vor Ort zugänglich gemacht werden. Auch in den Gesetzgebungsprozess für den Ausbau der OGS-Angebote sollen die von den Kindern im Zuge der Aktion selbst geäußerten Bedarfe einfließen. 

M. LAHRMANN

 www.caritas-nrw.de/OGS

NRW-Landtag will Kinderrechte stärken

Die Aktion der Caritas steht in einem interessanten sozialpolitischen Kontext, denn auch der nordrhein-westfälische Landtag will die Rechte von Kindern stärken. Unter anderem soll es mehr Informationen in Kitas und Schulen über Kinderrechte und eine dauerhafte Beobachtung von deren Umsetzung geben, heißt es in einem fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, Grünen, SPD und FDP. In einem weiteren Antrag fordern die Landtagsfraktionen, eine Professur für Kinderrechte und -schutz zu schaffen. Die Fraktionen weisen auf die Herausforderungen durch den digitalen Raum hin. Er biete neben Chancen auch Gefahren. So sei die Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung und Schule zu fördern. Zudem solle durch einen Jugend-Check geprüft werden, wie sich Gesetzesvorhaben auf junge Menschen auswirkten. Auch müsse geprüft werden, inwiefern die Vermittlung von Kinderrechten und -schutz in den pädagogischen Ausbildungs- und Studiengängen verankert sei. 

M. L./KNA

